

Die Reform reformieren

Die Frankfurter Universität will in ihren »Bologna-Werkstätten« die ärgsten **Fehler** bei der Umstellung auf Bachelor und Master korrigieren.

Die Studentin drückt etwas herum. Sie habe das mit niemandem in ihrem Fachbereich abgesprochen, sagt sie, und es sei ja auch eine sehr spezielle Geschichte.

Manfred Schubert-Zsilavecz, der ein paar Stühle entfernt von ihr am großen Konferenztisch im zehnten Stock des Uni-Verwaltungsgebäudes sitzt, hebt die rechte Hand zu einer einladenden Geste: »Bitte lassen Sie uns doch trotzdem Ihre Meinung hören«, ermuntert der Vizepräsident der Frankfurter Goethe-Universität die junge Frau.

Die Geschichte der Studentin handelt vom Versuch eines Doppelstudiums mit Volkswirtschaft und Lehramt, von nicht miteinander kombinierbaren Stundenplänen, von unerträglichem Zeitdruck und der Unmöglichkeit, nebenher das nötige Geld zum Lebensunterhalt zu verdienen. Es ist ein Fall, der deutlich macht, weshalb etwa 40 Studierende, Lehrende und Mitarbeiter an diesem Nachmittag im Senatssaal der Frankfurter Hochschule zusammengekommen sind: »Wir arbeiten daran, unsere Studiengänge studierbar zu machen«, sagt der für die Lehre zuständige Vizepräsident Schubert-Zsilavecz. Was wie eine Selbstverständlichkeit klingt, ist das offene Eingeständnis einer grandiosen Fehlleistung. Quer durch die Republik beklagen Studentinnen und Studenten, dass bei der vor elf Jahren in Bologna beschlossenen Umstellung von Diplom- oder Magisterstudiengängen auf Bachelor und Master häufig weit über das Ziel hinausgeschossen wurde. »Nicht nur bei uns in Frankfurt haben viele den Fehler gemacht zu glauben, das eigene Fach sei doch das allerwichtigste, deshalb müsse man sich ganz breit aufstellen und so viel Stoff wie möglich in den Studiengang reinpacken«, gibt Schubert-Zsilavecz zu.

Die Folge, so der Uni-Vize, sei eine »völlige Überfrachtung und irrsinnige Prüfungsbelastung« in vielen der meist sechssemestrigen Bachelor-Studiengängen. In Frankfurt meldeten sich verzweifelte Biologiestudenten, die neun Prüfungen in einer Woche absolvieren sollten. Andere beschwerten sich, dass ihre Professoren seit der Bachelor-Einführung eine durchgängige Anwesenheit bei allen Vorlesungen verlangten. Schubert-Zsilavecz schüttelt den Kopf: »Völlig unakademisch« sei eine solche Regelung, »das hat mit Studieren nichts zu tun«.

Spätestens seit den Studentenprotesten Ende des vergangenen Jahres hat sich in Frankfurt und an-



FOTOS: KATRIN BINNER



Diskutanden Erkel, Schubert-Zsilavecz: »Völlige Überfrachtung und irrsinnige Prüfungsbelastung«

derswo in vielen Hochschulleitungen die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Bologna-Reform schon wieder reformbedürftig ist. Seit Ende Januar lädt Schubert-Zsilavecz deshalb Studierende, Studiendekane und interessierte Professoren alle paar Wochen zu »Bologna-Werkstätten«. Man trifft sich in unterschiedlichen Zusammensetzungen, mal die Rechts-, Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaftler, mal die Philologen, Historiker und Theologen, mal die Naturwissenschaftler und Mediziner.

Über Fachbereichsgrenzen hinweg wird nach Wegen gesucht, um Schwächen und Fehler zu korrigieren. »An der Grundsatzentscheidung, der Umstellung auf Bachelor und Master, können und wollen wir nicht mehr rütteln«, sagt der Frankfurter Uni-Präsident Werner Müller-Esterl. »Aber wir haben innerhalb der politisch gesetzten Rahmenbedingungen Spielräume, die wir besser nutzen wollen.« Und das notfalls auch mit kleinen Tricks.

Immer wieder kritisieren Studierende beispielsweise das starre Credit-Points-System. Jede Studienleistung wird mit einer festgelegten Punktzahl belohnt, die sich nach dem dafür veranschlagten Zeitaufwand berechnet. Ein Punkt



Frankfurter Arbeitskreis: »Unsere Studiengänge studierbar machen«



MICHAELA REHLE / REUTERS

Protest gegen die Studienreform an der LMU München im November: Bessere Möglichkeiten zum Selbststudium

steht für 30 Arbeitsstunden. Maximal 12 Credit-Points, also 360 Stunden, sind im stark durchreglementierten Bachelor-Studium für die Abschlussarbeit vorgesehen. Mehr geht nicht, das haben die Kultusminister so festgelegt.

Für eine Standardarbeit von 35 oder 40 Seiten reiche das Zeitbudget zwar aus, erklärt die Politologie-Professorin Tanja Brühl: »Aber viele Studierende sind gerade bei der Bachelor-Arbeit hoch motiviert, die kommen mit tollen Ideen und wollen schreiben.« Häufig würden Arbeiten mit 70, 80 oder mehr Seiten eingereicht. »Das hat schon fast wieder Magister- oder Diplomniveau«, sagt Brühl.

Um das Engagement nicht zu deckeln, suchten Professoren und Studierende in den Bologna-Werkstätten gemeinsam nach »flexiblen Lösungen«, sagt der Frankfurter AStA-Vorsitzende Jonas Erkel. Es könne zum Beispiel Extrapunkte für Veranstaltungen geben, in denen schon mal Vorstudien oder Exposés für die Abschlussarbeit angefertigt werden. Mehrere Fachbereiche in Frankfurt basteln bereits an solchen Modellen.

Manche Vorschläge sind aber auch in den Bologna-Werkstätten umstritten. Mit seiner Forderung, auch bei Seminaren auf eine strenge Anwesenheitspflicht zu verzichten, stößt Erkel bei der Werkstätten-Sitzung im Mai nur bei den Erziehungswissenschaftlern auf Unterstützung.

Andere Fachbereiche widersprechen klar. »Es muss eine Verbindlichkeit geben«, argumentiert die Politologin Brühl und erinnert sich mit Grausen an Zeiten, in denen knallvolle Seminarräume sich im Laufe des Semesters bis auf ein bescheidenes Häufchen von vielleicht einem halben Dutzend Studierenden leerten. »Wir haben die Anwesenheitspflicht schon vor der Umstellung der Studiengänge eingeführt«, sagt Brühl.

AStA-Chef Erkel hält viel von den Bologna-Werkstätten. Studierende könnten hier mit Lehrenden auf Augenhöhe diskutieren, lobt er, man arbeite zielgerichtet und lösungsorientiert. Und in zentralen Fragen zögen Uni-Leitung und Studentenschaft durchaus an einem Strang. So schlägt sich Vizepräsident Schubert-Zsilavec eindeutig auf die Seite des AStA, wenn er Sätze sagt

wie: »Wir müssen wieder mehr Freiräume im Studium schaffen.« Die Zahl der Prüfungen müsse verringert und begrenzt werden, findet er, die Studierenden benötigten mehr Zeit und bessere Möglichkeiten zum Selbststudium, sie müssten experimentieren, Einblicke in andere Fachbereiche gewinnen und tiefer einsteigen können in ein selbstgewähltes Thema.

Zudem will der Frankfurter Uni-Vize »Mobilitätsfenster vergrößern«. Die Hochschule müsse dafür sorgen, dass die Studierenden sich wenigstens ein halbes Jahr an einer anderen Universität oder in einem außeruniversitären Praktikum umschauen können – ohne Furcht, im eng gestrickten Lehrplan des Studiums den Anschluss zu verlieren. Deshalb sei es unsinnig, gleich die Zwangsexmatrikulation anzudrohen, wenn jemand die Höchststudierendauer überschreitet.

All das soll in Empfehlungen der Werkstätten einfließen, die im Juli, zum Ende des Sommersemesters, nach dann etwa einem Dutzend Treffen vorgelegt werden sollen. Der Vizepräsident will schon im Herbst die ersten Veränderungen umsetzen.

Zwingen könne er die dafür zuständigen Fachbereiche zwar nicht, aber er werde sich die Entwicklung »sehr genau ansehen« und im Zweifel den Finger immer wieder auf die Wunde legen, kündigt Schubert-Zsilavec an. Das perfekte Forum dafür: die Bologna-Werkstätten. Deshalb soll der Reformclub bestehen.

MATTHIAS BARTSCH